

Bezugspreis:

Wöchentlich 85 Goldpfennig vorans zahlbar. Unter Kreuzband für Deutsch land, Danzig, Saar- u. Memelgebiet, Österreich, Litauen, Luxemburg wö chentlich 1,20 Goldmark, für das übrige Ausland 1,45 Goldmark pro Woche. Kreuzband erhaltungen nur gegen werts befristete Zahlungen. Goldbezugspreis für Februar 1.— Goldmark

Der „Vorwärts“ mit der Sonntags beilage „Woll und Fett“ mit „Sied lung und Kleingarten“, sowie der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ und der Frauenbeilage „Frauenwelt“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3 Fernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-293 Verlag: Dönhofs 2506-2507

Sonnabend, den 26. Januar 1924

Vorwärts-Verlag S.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3 Volstedtstr. Berlin 375 36 - Bankkonten: Direktion der Diskontogesellschaft, Depotkassette Lindenstraße 3

Anzeigenpreise:

Die einseitige Nonpareille zeile 0,70 Goldmark, Zeilenzeile 0,50 Goldmark. „Kleine Anzeigen“ das heißt gedruckte Wort 0,20 Goldmark (außer bei zwei Zeilenzeilen) jedes weitere Wort 0,10 Goldmark. Streifenzeile das erste Wort 0,10 Goldmark jedes weitere Wort 0,05 Goldmark. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familienanzeigen für Abonnenten je Zeile 0,30 Goldmark. Eine Goldmark — ein Dollar geteilt durch 4,29.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Einbe haltung, abgegeben werden. Größtens bis 9 Uhr früh bis 8 Uhr nachm.

Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot. Sozialdemokratische Interpellation.

Der Preussische Landtag behandelte gestern die sozial demokratische Interpellation über die Beschaffung von Arbeitsgelegenheiten, die Unterstü tungen für die Erwerbslosen und Herstellung von Kleinwohnungen. Den Anfang des Berichts haben wir bereits im Abendblatt ver öffentlicht. Hier folgt die Fortsetzung der Ausführungen des Interpellanten

Abg. Lüdemann (Soz.):

Wie die Löhne gedrückt werden, geht aus einem Schreiben der Marinemeister Wilhelmshaven hervor, wonach Aufträge nur an solche Privatunternehmer gegeben werden, die niedrige Löhne zahlen. Der Redner wendet sich dann gegen die umfang reichen Stillelegungen öffentlicher Arbeiten. Eine weitläufige Staats politik müsse trotz der schlechten Finanzlage bestrebt sein, Ausgaben weiter zu machen, die werdenden Anlagen dienen und eine Belebung des Wirtschaftslebens mit sich bringen. Den letzten Rest unseres Wirtschaftslebens ertöten, heiße aber, wenn heute vollbeschäftigte Arbeiter entlassen werden, um sie durch Erwerbslose zu ersetzen.

Das Heer der letzteren ist ungeheuer. Die amtliche Statistik vom 1. Januar verzeichnet 1529 000 Hauptunterstützungsempfänger, 1 573 000 Zuschlagsempfänger und 862 000 Kärzarbeiter, die Unter stütungen empfangen. Drei bis vier Millionen Erwerbslose werden also aus öffentlichen Mitteln unterstüht. Dazu kommen an Erwerbs losen noch die, die keine Berechtigung haben zum Empfang von Unterstü tungen, oder die aus besonderen Gründen die Unter stützung nicht in Anspruch nehmen wollen oder sich in Familien und Hauswirtschaft verflochten haben. So kommt man zu einer

Gesamtzahl von fünf bis sechs Millionen Erwerbsloser.

Nicht inbegriffen sind dabei die große Zahl von Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen, die aus ihren Bezügen kaum das kümmerlichste Leben fristen können. Bedauerlich ist es, wenn durch den Personalabbau Kriegsbeschädigte, die schon bedauernswert genug sind, auch noch dem Elend der Erwerbslosigkeit preisgegeben werden. Die Löhne im Ausland betragen das Drei- und Vierfache der deutschen Arbeiter in der Zementindustrie. Auch in der chemischen Industrie sind die Löhne im Auslande zwei- bis dreimal so hoch. Dabei ist die Kaufkraft der Löhne im Auslande wesentlich höher als bei uns. So könnte sich ein Arbeiter der Zementindustrie für einen Stundlohn an Brot kaufen: in England 2700 Gramm, in Schweden 2000 Gramm, in den Vereinigten Staaten 2800 Gramm, dagegen in Deutschland 760 Gramm. Die Mietsteuer bezeichnet der Redner als völlig unsozial; sie dürfe höchstens zur Schaffung neuer Wohnungsgelegenheiten verwendet werden, nicht zur Bereicherung der Hausbesitzer. Der Redner gibt einige Beispiele zur Beleuchtung der katastrophalen Wohnungsnot. Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und der Besserung der Lage der Arbeitslosen ist vor allem

das Baugewerbe wieder in Gang zu bringen.

Die private Bauwirtschaft hat niemals für eine ausreichende Zahl von Kleinwohnungen gesorgt. (Widerpruch rechts.) Die Wohnungsbaubehörde hat infolge der Parakontingenz nicht den angestrebten Erfolg gehabt. Jetzt ist angesichts der Verhältnisse eine ganz

neue Lage geschaffen. Wir verlangen, daß aus der Wohnungswirt schaft

planmäßig Kleinwohnungen hergestellt

werden für die wohnungslose Bevölkerung, und daß die Bauwirtschaft wieder belebt wird. Die sozial Schiedsgerichte müssen aber von der Abgabe befreit werden. Die Deblandkultivierung bietet große Arbeitsmöglichkeit. In Preußen haben wir ja 365 000 Hektar kultivierungsfähiges Debland. Das deutsche Volk braucht Arbeit, um wieder emporzukommen.

Abg. Meyer-Bielefeld (Dnll.): Die Wohnungszwangswirtschaft habe das Wohnungsbaugeschehen gemindert. Die Wohnungsbaubehörde sei durch die Verwaltungskosten aufgefressen worden. (Unruhe und Juruse.) Die Zwangswirtschaft habe jede private Bauwirtschaft im Keime erstickt. (Wiederholte Juruse links.) Die Zwangswirtschaft führe auch zu einer Täuschung der Mieter, da Zuschläge, Umlagen und Grundsteuer mehr ausmachen als die Miete selbst.

Abg. Schmidt-Hirschberg (Dsp.) bezeichnet die Einführung des Achtstundentages als Grund dafür, daß wir nicht mehr wettbewerbsfähig seien. In der Erwerbslosenfürsorge seien die Beiträge für die Verheirateten zu niedrig, für die Ledigen zu hoch. Die Fürsorge raube den Erwerbslosen den Ansporn zur Arbeitsbeschaffung. Der Wohnungsbau würde am besten durch Beseitigung aller Reste der Wohnungszwangswirtschaft gefördert werden. Zur Steuerung der Erwerbslosennot diene der Ausbau der Wasserkräfte und die Urbarmachung von Debländern.

Abg. Rogg (Komm.) verwahrt sich gegen den Vorwurf, daß ein großer Teil der deutschen Arbeiterschaft arbeitslos sei. Die Einführung eines Arbeitspflichtjahres könne allerdings den Jugendlichen aus dem bürgerlichen Lager nichts schaden.

Abg. Hartmann (Dem.) erklärt, es müsse alles unternommen werden, um unsere Wirtschaft wieder aufzurichten. Der Umfang der Arbeitslosigkeit ist eine Gefahr für das deutsche Volk, für unsere Kultur. Die Erwerbslosenunterstützung reicht nicht zum Unterhalt aus, sie darf aber auch nicht zum Ersatz des Arbeitslohnes werden. Die beste Unterstü tzung für die Arbeitslosen ist, daß man ihnen Arbeit verschafft.

Die Maßnahmen der Schwerindustrie im Ruhrgebiet bedeuten einen Vertrauensbruch

und sind wenig geeignet, das Einvernehmen zwischen Arbeiter und Unternehmer zu fördern. Es gereicht der deutschen Arbeiterschaft zur Ehre, daß sie trotz der großen Not bisher Ruhe und Besonnenheit bewahrt hat. Im Augenblick können wir die staatliche Wohnungswirtschaft noch nicht beseitigen. Die Mittel zur Wohnungsbeschaffung dürfen nicht durch die Reichskassen gehen. Bei dem heutigen Stand der Löhne und Gehälter ist eine Erhöhung der Mieten auf den Friedensgeldstand ausgeschlossen, aber eine allmähliche Steigerung wird sich nicht umgehen lassen.

Abg. Frau Hanna (Soz.) bezeichnet die Unterstü tungsätze für die Erwerbslosen als völlig unzureichend. Besonders im Osten würden zu geringe Sätze gezahlt. Aus schärfe müssen wir es vorurteilen, wenn man bei Streiks Arbeitslose heranzieht, die dann als billiger arbeitende Streikbrecher auftreten und die Löhne drücken.

Vor der Vertagung wird noch ein sozialdemokratischer Antrag auf Erhöhung der Kriegsbeschädigtenrente dem Hauptaus schuß überwiesen. Sonnabend 11 Uhr: Weiterberatung. Weitere Anträge. Schluß 6 1/2 Uhr.

Frankreich und Belgien.

(Von unserem Brüsseler Korrespondenten.)

S. Brüssel, 24. Januar.

Die belgische Kammer ist zu einer Session zu sammengetreten, die recht lebhaft zu werden verspricht. Auch in Belgien werden die kommenden Wahlen, obgleich sie erst im nächsten Jahre fällig sind, bereits ihre Schatten voraus und beherrschen die politische Debatte. Die demokratische Hochwelle, die dem Waffenstillstand folgte und die belgische Arbeiterklasse zu einem maßgebenden Faktor des nationalen Lebens machte, war schon bei den Neuwahlen 1921 erheblich abgeebbt, um in den folgenden Jahren einer ausgeprochen reaktionären Tendenz Platz zu machen. Aber wenn nicht alle Zeichen trügen, wird dieser Rückschlag bald überwunden.

Drei Fragen, die alle eng miteinander zusammenhängen, stehen im Vordergrund der politischen Diskussion: der Handelsvertrag mit Frankreich, das deutsche Problem und seine Rückwirkung auf die Beziehungen Belgiens zu Frankreich bzw. England und schließlich der Werteverfall des Franken. Der Handelsvertrag mit Frankreich, der demnächst der Kammer unterbreitet werden soll, hat im ganzen Lande eine starke Erregung hervorgerufen und bedroht den Bestand der Regierung. Selbst der Berichterstatter der Kammerkommission, der katholische Deputierte von Lüttich, de Geradon, erklärt in seinem Berichte, daß der Vertrag die nachteiligsten Folgen für das belgische Wirtschaftsleben haben muß. Wenn er trotzdem seine Annahme empfiehlt, so ausdrücklich nur deshalb, weil er fürchtet, Frankreich werde die Ablehnung mit dem Zollkrieg beantworten! Kein Wunder, daß dieses Geständnis in breiten Schichten der öffentlichen Meinung den Eindruck erweckt hat, Frankreich wolle einen ihm über Gebühr günstigen Handelsvertrag von dem Land erpressen, das täglich von ihm mit herablassenden Versicherungen seines Wohlwollens übersättigt wird.

Die Katholische Partei, die das Rückgrat der gegenwärtigen Regierung Theunis-Jaspar bildet, ist in hellem Aufruhr gegen den Vertrag. Eines der hervorragendsten Haupter dieser Partei, der frühere Minister Renkin, führt die Opposition, der sich das Gros seiner Partei, namentlich deren zahlenmäßig überwiegender flämischer Flügel, angeschlossen hat. Der Widerstand hat sowohl wirtschaftliche wie politische Gründe. Wirtschaftlich muß er zur Folge haben, die schon jetzt überaus ungünstige belgische Handelsbilanz gegenüber Frankreich noch weiter erheblich zu verschlechtern. Bekanntlich hat diese Handelsbilanz schon jetzt dazu geführt, daß der belgische Franken selbst der französischen Valuta gegenüber dauernd entwertet ist. Die belgische Einfuhr aus Frankreich beträgt weit mehr als das Doppelte der Ausfuhr, und dieses Mißverhältnis hat sich im letzten Jahre noch außerordentlich verschärft. Der neue Handelsvertrag will aber Belgien noch eine lange Reihe starker Zollherabminderungen für französische Weine, Parfümerien und andere entbehrliche Luxusartikel aufzwingen, ohne der belgischen Ausfuhr landwirtschaftlicher und Viehzuchtserzeugnisse oder Industrieartikel auch nur annähernd gleichwertige Vergünstigungen zu gewähren. Das hochschulzöllnerische Frankreich nutzt die zollpolitische Wehrlosigkeit des grundsätzlich freihändlerischen Belgiens ohne jeden Skrupel aus.

Neben den wirtschaftlichen Triebfedern der Opposition spielen aber auch mehr politische Beweggründe eine hervor ragende Rolle. Sie sind als Symptom der Auflehnung gegen die Bevormundung und Einklammerung durch Frankreich zu betrachten. Trotz gelegentlicher, zumeist recht verspätet kommender Selbständigkeitsregierungen, wie bei der Behandlung des rheinischen Separatismus, den Verhandlungen mit den Ruhrindustriellen usw., läßt sich die belgische Regierung immer wieder ins Schlepptau Poincarés nehmen. Während die Katholiken den schweren Kampf gegen diese verderbliche Politik bisher ausschließlich den belgi schen Sozialisten überließen, zeigt sich bei ihnen in letzter Zeit ein gewisser Umschwung. Der vollständige Fehlschlag der Ruhrbesetzung, soweit man positive Resultate für die Reparationen von ihr erwartete, ist durch alles Sieges geschrei nicht zu verdecken und hat sehr ernüchternd auf die öffentliche Meinung gewirkt. Dazu kommt die allgemeine Verunsicherung der europäischen Lage und die zunehmende Ent fremdung Englands, die jedem nüchtern denkenden Belgier die ernstesten Sorgen bereiten muß. Nicht nur in sozialisti schen und flämischen Kreisen, sondern weit darüber hinaus ist man sich heute klar darüber, daß die unglaublich verble n dete auswärtige Politik der Herren Theunis und Jaspar das Ansehen und die großen Sympathien, die Bel gien in England genöht, fast gänzlich verfehrt hat. Ruhig denkende Männer aller Parteien und Kreise werden sich der schärferen Gefahren, denen diese Situation die Interessen und unter Umständen selbst die Unabhängigkeit Belgiens aussetzt, immer deutlicher bewußt. Darin liegt ohne Zweifel der tiefere Grund der Revolte eines großen Teiles der Katholischen Par tei gegen die heutige Regierungspolitik.

Der Frankensurz vor der Kammer.

Paris, 25. Januar. (Eca.) Unter Vorbehalt bereits ist die Kammer Sitzung um 3 Uhr eröffnet worden. Auf der Tagesordnung stehen die Finanzpläne der Regierung zur Einschränkung der Frankensäfte. Der Sozialist Moutet wünscht, daß die Erörterung bis nach den Wahlen verschoben wird. Die Regierung habe den Wahltag früher angesetzt. (Bewegung.) Die allgemeine Aus sprache wird jedoch eröffnet. Der Generalberichterstatter der Finanzkommission Bolanowski erinnert daran, welche unabweisbare Erregung sich am 14. Januar anlässlich des pfählchen Frankensurzes des Landes bemächtigt habe. Man hatte das Gefühl, wieder in den Tagen der Kämpfe am Chemin des Dames zu sein. (Zuruf links: Welche Uebertreibung!) Für diejenigen, die Bescheid wissen, ist die Stunde ernst. Die Devisenkurse sind eine Frage, die man nicht im Innern des Landes lösen kann. Es sind eine inter nationale wirtschaftliche und psychologische Materie! (Aufe: Ausgeschlossen! und Beifall äußerst links.) Bolanowski versucht alsdann, die „wahren Gründe“ darzulegen. Diejenigen Franzosen, die Deutschen schuldeten, hätten im Verlauf der letzten Monate gehofft, daß die auswärtige Lage sich günstiger gestalten würde und daß infolgedessen der Frankensurz sich bessern würde. Deshalb war ten sie damit, sich einzudecken. Als sie am Ende des Jahres zu den Zahlungen gezwungen waren, entstand eine stürmische Nach frage nach dem Pfund und die Haufe verdrängte sich. Die Eng länder überließen, die das Niedergehen des Frankens beobachteten, warierten tiefere Frankfurter ab, ehe sie sich eindecken und so ver schärfte sich in London die Welle ebenfalls. (Beifolte Bewe gung.) Hinzu kommt die internationale Waise-Spekulation. Bolanowski entwickelt alsdann die bekann ten

Anlagen gegen die deutschen und holländischen Banken.

Diese hätten Blankettabgaben in Franken vorgenommen und durch tendenziöse und ungenaue Nachrichten den Frank noch weiter zu drücken gesucht (Beifolte Bewegung), um einen Druck auf die fran zösische Außenpolitik auszuüben. Ausländische Besitzer von fran zösischen Staatspapieren hätten diese abgestoßen und sogar gewisse Franzosen hätten das Vertrauen in den Frank verloren und die fremden Devisen, die sie im Auslande besäßen, nicht nach Frank

reich zurückgebracht. (Sehr wahr! links.) Außerdem müsse man anerkennen, daß seit einigen Monaten bereits die fran zösischen Finanzen im Ausland keinen guten Ruf mehr genies. Der Redner versichert jedoch, daß der allgemeine französische Staatshaushalt im Augenblick vollkommen im Gleich gewicht sei. (Beifolter Beifall.) Das Budget der von Deutsch land zu deckenden Ausgaben hätte natürlich immer nur durch Anleihen im Gleichgewicht gehalten werden können. Frankreich habe jedoch ein moralisches und sachliches Recht auf deutsche Zahlungen. Schließlich habe Frankreich einem bankrotten Deutschland gegenüberstanden, daß, sobald es nicht begahnte, allzuoft durch gewisse Alliierte er mütigt worden sei. (Beifall rechts und anderswo.) Die besten Freunde Frankreichs im Ausland verlangten nunmehr, daß Frankreich auch für die von Deutschland zu deckenden Ausgaben einen ausgeglichenen Haushalt vorlege, in gleicher Weise wie für den inneren Staatshaushalt. Sonst könnten sich die Kapitalisten ihrer Länder nicht mehr für die französischen Staatspapiere interessieren. (Sehr starke Bewegung.) Andere Länder hätten durch energische Maßnahmen ihre Währung stabilisiert, das müsse Frankreich auch tun. (Der Kommunist Lafont rief: Nach der kürzlichen Rede Poincarés ist das Pfund wieder gestiegen. — Poincaré antwortet: Das Pfund steigt noch Ihrer Opposition! — Lafont: Machen Sie keine Witze!) Bolanowski fährt fort: Um dem Ausland das Vertrauen wiederzu geben, ist es notwendig, daß dauernde Einnahmen geschaffen werden, welche der Gesamtheit der dauernden Ausgaben entsprechen; sonst ist es nicht möglich, den französischen Kredit wiederherzustellen. Eine finanzielle Erholung wird uns die politische Freiheit wiedergeben. (Beifall.) Die Pläne der Regierung werden keine unerträgliche Steigerung der Lebenshaltung bringen, auch nicht die 20proz. Er höhung der Erbschafts- und Einkommensteuer. (Beifolte Unter brechung links.) Auch für den französischen Handel und die Ver braucher wird die Last nur gering sein. Wenn aber die neuen Steuern nicht angenommen werden dann wird der Dollar um 40 Proz. steigen. Man kann nicht einmal zusichern, daß diese Aufwärtsbewegung nicht noch weitergeht, so daß alle Bürger mit festem Einkommen, alle kleinen Rentner in große Schwierig keiten kommen. (Beifall im Zentrum.)

Kommunale Mehrheiten.

Berlin und Wien als Gegenpole.

Mit zwei Stimmen Mehrheit hat glücklich die Berliner Stadtverordnetenversammlung in der entscheidenden Abstimmung der für die Ausbalancierung der Berliner Stadtfinanzen unerlässlichen Erhöhung der Grundsteuer auf 100 Proz. zugestimmt. Wenige Stunden vorher hatten alle bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie vereinbarten Steuerentwürfen annehmen würden, aber am Abend hatte bereits der „heilige Egoismus“ und die Angst vor der Wahlkonturrenz des Nachbarn die verschiedenen Fraktionen des Bürgertums wieder auseinanderbugliert. Mit Recht weist der völksparteiliche Berliner Stadtkämmerer Dr. Karbing Pressevertretern gegenüber darauf hin, daß angesichts eines solchen kurzlichigen Egoismus es für den verantwortlichen Finanzmann der Reichshauptstadt beinahe zur Unmöglichkeit wird, die Geschäfte zu führen. Derselbe Dr. Karbing hat mit besonderem Nachdruck kürzlich betont, daß in Wien eine sichere und geschlossene sozialdemokratische Mehrheit durch energische Steuerpolitik die Gemeinde vor dem Zusammenbruch bewahrt und durch den Ausbau der kommunalen Tätigkeit dem allgemeinen Wirtschaftsleben mächtige Impulse gegeben habe. In Berlin haben wir eine bürgerliche Mehrheit, und ihr Versagen liegt offen zutage. Das Bürgertum ist vielleicht stark genug, bei bestimmten Nachfragen seine Mehrheit auszunutzen, es versagt vollständig, wenn es an den politischen Aufbau der Gemeindearbeit gehen soll. Immer wieder steigt primitiver Gruppenegoismus und Fraktions- und Richtungshorizont über die Interessen der Gemeinde und der Gesamtheit. Volksparteiliche Kämmerer steigen nicht umsonst ununterbrochen mit Volkspartei, Wirtschaftspartei und ähnlichen Gruppen im Kampf um die Bewilligung notwendiger Einnahmequellen. Auf der anderen Seite fehlt der deutschen Arbeiterschaft die Geschlossenheit, die in der österreichischen Hauptstadt so segensreich gewirkt hat. Die Kommunisten scheiden von vornherein für jede ernste kommunalpolitische Arbeit aus und zwingen dadurch die Sozialdemokratie, die eigentliche Trägerin des Gemeindegedankens zu immer erneuten und mühsamen Verhandlungen mit den bürgerlichen Parteien.

Das Bürgertum, das in Sachsen in den Gemeinden einen Sieg errufen zu haben glaubt, wird sehr bald merken, daß es ohne die Arbeiterschaft, ohne die Unterstützung und Mitarbeit der Sozialdemokratie weder Gemeindefinanzen in Gang halten noch überhaupt die Interessen der Kommunen wahrzunehmen imstande ist. Nach außen hin muß dieser Kampf der Parteien den Gedanken der Selbstverwaltung aus der Sicht der deutschen Gemeinden von äußerster Wichtigkeit, ob sich ihrer Verantwortung bewußte Gruppen des Bürgertums mit der Sozialdemokratie zusammenschließen, um die Geschäfte zu führen. In Berlin hat es an dieser Zusammenarbeit bisher immer gefehlt, weil auch die linken Gruppen des Bürgerblocks vom Bürgerblockgedanken nicht loskommen können. Erst in allerletzter Zeit, bei der Wahl des Vorstehers und jetzt bei der Verabschiedung der Steuervorlagen hat sich eine Zusammenarbeit zwischen Sozialdemokratie, Zentrum und Demokraten aus der sachlichen Notwendigkeit, die Gemeinde nicht im Stich zu lassen, ergeben. Ein großer Teil der Volkspartei gab durch Stimmhaltung zu verstehen, daß er die Notwendigkeit einer solchen Zusammenarbeit einsehe. Werden die bürgerlichen Parteien aus den Vorgängen lernen? Werden sie den Mut finden und gegen deutschnationale und wirtschaftsparteiliche Demagogie mitarbeiten, statt zu sabotieren? Die Stadt muß leben und zu neuer Blüte kommen, wenn nicht die Wirtschaft in Berlin Schaden leiden soll. Werden die Mittelparteien endlich den Mut finden, Steuern zu bewilligen und Unpopularität nicht zu scheuen? Vielleicht könnte dann endlich auch in Berlin wenigstens etwas geleistet werden.

Neuwahlen der Gemeindeparlamente.

Der Preussische Landtag hat durch Verabschiedung eines Urtrages der Koalitionsparteien die für die Regelung der bevorstehenden Neuwahlen zu den Gemeindevertretungen in Preußen notwendigen Bestimmungen endgültig angenommen. Nach dem neuen Gesetz, das als eine Novelle zu dem Gesetz über die vorläufige Regelung der Gemeindegewahlen vom 9. April 1923 anzusehen ist, sollen die Gemeindegewahlen bis zum 1. Juli 1924 stattfinden. Den genauen Termin wie die Ausführungsbestimmungen erläßt der preussische Minister des Innern. Von der Vornahme der Gemeindegewahlen werden in Abänderung des früheren Gesetzes diejenigen Gemeinden ausgenommen die nach dem 1. Januar 1923 neu gewählt haben. Außerdem ist die Bestimmung, daß die Neuwahlen für die Stadtgemeinde Berlin nach dem besonderen Groß-Berliner Gesetz im Herbst 1923 vorgenommen werden sollen, indirekt dadurch erneuert bestätigt, daß Berlin auf Antrag des Zentrums, der Demokraten und Sozialdemokraten von der Wirkung des Gesetzes ausdrücklich ausgenommen ist. Im übrigen enthält das neue Gesetz, da die neue Städteordnung im wesentlichen nicht fertiggestellt ist und ihre Verabschiedung immer zweifelhafter wird, zum erstenmal auch für die Gemeinden die grundsätzliche Festlegung der vierjährigen Wahlperiode. Wir werden also in Preußen damit zu rechnen haben, daß für den größten Teil der Gemeinden alle vier Jahre an einem Tage gewählt wird, während ein kleiner Teil — die Gemeinden, die 1923 Wahlen gehabt haben — vier Jahre nach diesen letzten Neuwahlen wieder wählen müssen. Die sonstigen Bestimmungen enthalten keine wesentlichen Änderungen der im April 1923 beschlossenen vorläufigen Regelung. Es sind lediglich die Bestimmungen über die Auslegung der Bürgerliste genauer gefaßt. Sie muß jetzt für zwei Wochen vor dem Wahltag zwei Wochen lang öffentlich ausliegen. Auch nach Schluß der Bürgerliste kann Wahlberechtigter, wenn ihm Einspruch statigebunden wird, durch Erstellung eines Wahlscheines die Ausübung des Wahlrechtes erwidert werden. Die Bestimmungen über die Festlegung des Wahlergebnisses sind durch einen Zusatz präzisierter, der Zweifel über die Verteilung der Reststimmen ausschließen soll. Im übrigen bleibt es bei den allgemeinen Wahlbestimmungen, die das unmittelbare und geheime Wahlrecht in den Gemeinden vorsehen und die Zahl der Stadtverordneten je nach der Größe der Gemeinden auf 11 bis 100 Stadtverordnete beschränken. Der Minister des Innern ist ermächtigt, das frühere Gesetz vom April 1923 in der durch die neuen Bestimmungen gegebenen Fassung neu bekanntzugeben.

Selbst abgeblüht. Die von der Bundesregierung gegen den Betrieb des Wiener Krematoriums abgemachten einseitigen Beschwörungen sind von dem ausländischen Gericht zur Gänze verworfen worden. Der Betrieb des Krematoriums wird demzufolge aufrechterhalten.

Zeitungsverbote in Schleswig.

Ausnahmepolitische Wirkungen des Ausnahmezustandes.

Das Abkommen zwischen der deutschen und der dänischen Sozialdemokratie erscheint gerade von dänischer Seite um so gerechtfertigter, wenn man sich mit welchen Mitteln gewisse kleine Kreise die dänischen Expansionsstrebungen südlich der Grenze betreiben. Unter anderem werden im deutschen Schleswig drei dänische Zeitungen in deutscher Sprache herausgegeben, die die ausgesprochenen Absichten verfolgen, Deutschsprachige für Dänemark zu gewinnen. Das Unternehmen erscheint nicht sehr aussichtsreich, und wenn sich wirklich einer oder der andere deutsche Schleswiger für die Sache des dänischen Nationalismus gewinnen lassen sollte, so wird das gerade auf deutscher Seite niemand bedauern; denn an ihm hat Deutschland so wenig verloren wie Dänemark gewonnen. In gewissen nationalistischen Kreisen Schleswigs scheint man jedoch diese Gefahr höher einzuschätzen. Denn diese Kreise — vermutlich in Flensburg — müssen es gewesen sein, die dem Wehrkreiskommando Stiel in den Gedanken suggerierten, diese Blättchen unschädlich zu machen, indem man sie verbot mit der Begründung, sie hätten auf Vorehrung deutschen Gebiets hingearbeitet. Die verbotenen Zeitungen werden nun in Dänemark ebenso wenig gelesen wie wahrscheinlich für gewöhnlich in Stettin. Aber sobald das Verbot ergangen war, regte sich sofort ein lebhaftes Interesse in der reichsdänischen Presse, man wurde auf die Blätter aufmerksam, man sah plötzlich Volkspolizei des Dänentums, die einem neuen Kollisionskurs zum Opfer fielen.

Die unterdrückten Blätter haben unmißbar eine von ihnen verlangte Lokalitätsklärung dem Reichswehrministerium gegenüber abgelehnt, die Aufhebung des Verbots erfolgte trotzdem nicht, weil zwei der Redakteure in Versammlungen, die gegen das Verbot Stellung nahmen, aufgetreten waren und die Militärbehörden darin eine Durchbrechung der Neutralität sahen. Jetzt scheint auch der deutschen Regierung das Unhaltbare des Verbots klar geworden zu sein. Der Kopenhagener deutsche Botschafter v. Rutius ist nach Berlin gereist und man muß diese Reise mit dem Verbot in Verbindung bringen. Hoffentlich gelingt es den Zivilbehörden, diesen politischen Mißgriff des Militärs noch in letzter Stunde im Interesse fortgesetzter guter Beziehung zu Dänemark zu beseitigen.

Eisenbahn und Post.

Neue Betriebsformen.

Aus wirtschaftlichen und politischen Gründen sollen Eisenbahn und Post neue Betriebsformen erhalten. Den Verhandlungen, die zurzeit der Reichsverkehrsminister und der Reichspostminister mit den Regierungen der Einzelstaaten führen, liegt ein Projekt der Reichsregierung zugrunde, das für beide, Eisenbahn und Post, den gemischtwirtschaftlichen Betrieb vorsieht. Zu diesem Zweck wird die Reichsbahn aus der starren Bindung mit dem Reichshaushalt herausgenommen, um ihren Betrieb vollständig nach kaufmännischen Grundsätzen führen zu können. Diese Führung geschieht durch ein Direktorium, das sich zusammensetzt aus einem obersten Verwaltungsrat und einem zehnjedigen Aufsichtsrat. Im Verwaltungsrat sollen vor allen Dingen die vor dem Kriege Eisenbahnen bestehenden vier großen Länder (Preußen, Bayern, Sachsen und Württemberg) vertreten sein. Die Frage, wie und ob in diesem Verwaltungsrat auch die kleinen Staaten mit ehemals eigenen Eisenbahnen vertreten sein sollen, ist noch nicht geklärt. Durch sich und Stimme im Aufsichtsrat soll auch die Privatwirtschaft zur Geltung kommen. Dieses Direktorium ist eine eingetragene Gesellschaft mit den Rechten einer juristischen Person. Seine Ernennung ist ausschließlich Sache der Reichsregierung. Der Reichstag wird seines Rechtes der Budgetbewilligung entkleidet und hat nur mehr beratendes Recht.

Die bayerische Regierung soll bereits durch ihren Handelsminister im allgemeinen ihre Zustimmung zum Plan der Reichsregierung ausgesprochen haben. Eine endgültige Zustimmung der anderen in Frage kommenden Staaten liegt bisher nicht vor.

Kommunistische Opfer.

Aus Oldenburg wird uns geschrieben:

Die hiesige Strafkammer hat in den letzten Tagen 16 Arbeiter zu mehr oder weniger schweren Gefängnisstrafen verurteilt. Der auf Landfriedensbruch lautende Anklage lag folgende Ursache zugrunde: Ende Oktober und Anfang November v. J. wurden von kommunistischer Seite Aufforderungen erlassen, in den Generalstreik zu treten und sich Waffen anzueignen. Diese Aufforderung wurde als Antwort auf den Einmarsch der Reichswehrruppen in Thüringen und Sachsen bezeichnet. Von Oldenburg aus wurden u. a. an die einzelnen Vertrauensleute im Lande durch Boten Briefe geschickt, in denen es hieß, daß in der Stadt Oldenburg die Arbeiterschaft die Reichswehr im Kampfe geschlagen habe und über die staatliche Macht verfüge. Auf Grund eines solchen Briefes legten die Industriearbeiter in einigen umliegenden Orten die Arbeit nieder, zogen in Trupps aufs Land, ließen sich zu Drohungen und Gewalttätigkeiten hinreißen und eigneten sich mehrfach auch widerrechtlich Waffen an. Natürlich war von dem über Oldenburg Gefolgten nicht das geringste wahr. Das Endergebnis der Dinge war nun die Verurteilung von zwölf Angeklagten zu je vier Monaten Gefängnis. Wegen schweren Landfriedensbruch wurden zwei weitere Angeklagte zu je anderthalb Jahren und zwei zu je einem Jahr Gefängnis verurteilt. Unter den Verurteilten sind mehrere kommunistische Vertrauensleute. Einer von ihnen, der seinerzeit den Brief nach dem Eisenhüttenwerk Augusthütte überbrachte, war „Obmann des kommunistischen Kurierdienstes“.

Wieder ein Separatistenführer erschossen.

Magen (Bez. Koblenz), 25. Januar. (II.) Gestern abend gegen 10 Uhr wurde der Separatistenführer Glöck aus Bess zwischen Nieder- und Oberwendig ermordet. Er ist von acht Angeln getroffen worden. Der Getroffene trug selbst einen eisernen geladenen Revolver bei sich. Glück kam von einer separatistischen Propagandareise von Adenau. Er war der Anführer der hiesigen Separatistenaktion. Während der Separatistenherrschaft jagte er als Landrat des Kreises Magen. Während dieser Zeit ließ er sieben Millionen Mark Geldscheine drucken, die hier unter dem Namen „Glöck-Geld“ bekannt sind. Der Getroffene war von Berni Badolobauer, von dem Täter fehlt bisher jede Spur.

Nur Ermordung des Sonderbündlers.

Magen, 25. Januar. (II.) Die Untersuchung in der Mordtatsache Glöck hat bisher ergeben, daß es sich um einen politischen Mord handelt. Der Täter ist wahrscheinlich ein oder zwei auswärts geborene, die Glück am Bahnhofsausgang in Niederwendig erwarteten und ihm bis Oberwendig folgten, wo sie die Tat bei hellem Mondlicht ausführten. Bereits außerhalb von Niederwendig hatten sie sich so nahe an Glück herangebracht, daß junger Bursche, die von Oberwendig kommend, Glück und seinen Verfolgern begegneten, glaubten, die drei gehörten zusammen. Sie sagten übereinstimmend, daß die

Täter fremde gewesen seien. Nachdem die Schüsse gefallen waren und Hülferufe ertönten, eilten die jungen Burschen wieder zurück und fanden Glück tot in seinem Blute liegen. Sie nahmen die Leiche, bel der die Autopsie fehlte, während die Briefstasche noch vorhanden war, mit nach Niederwendig zum Hospital, wo heute die Obduktion stattfand.

Der bayerische Wahlkampf.

München, 25. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Zum 28. Januar, dem Beginn der Einzelwahl in die Liste der Bayerischen Volkspartei, betr. Die beiden Volksbegehren, veröffentlicht die Bundesvorsitzschaft der Volkspartei einen Aufruf an das Volk, der schon in seiner Einleitung eine böswillige Verfälschung der breiten Volksschichten bedeutet, bei denen man voraussetzen zu können glaubt, daß sie über die inneren Zusammenhänge der Bayerischen Volkspartei vollständig im unklaren sind. Mit demagogischer Hinterhältigkeit wird der Mindereit im bayerischen Landtag beschuldigt aus Sozialdemokraten, Bauernbund und Kommunisten, unterstellt, daß sie durch ihre Ablehnung des Ermächtigungsgesetzes das Land der Gefahr einer neuen Papiergeldflut ausliefern und überhaupt eine Gesundung des bayerischen Staatshaushalts unmöglich machen wollten. Es ist nicht anzunehmen, daß auf diesen leicht zu durchschauenden Hochdruckberichten eine nennenswerte Zahl von Wählern hereinfallen wird. Gefährlicher ist es schon, wenn sich die Bayerische Volkspartei in der Ausnutzung der allgemeinen antiparlamentarischen Volksstimmung in die Lüge des einzig wahrhaftigen Volksfreundes hüllt, indem sie sagt: „Eine Landtagswahl alle vier Jahre und dann vier Jahre lang schlafen oder höchstens über den Landtag schimpfen, wie bisher üblich, ist keine wirkliche Mitwirkung des Volkes an der Führung der politischen Geschäfte.“ Eine direkte Unwahrheit aber ist es, zu behaupten, daß dem bayerischen Volk seine jetzige Verfassung aufgedrängt worden sei. Denn es ist eine von keinem der Führer der Bayerischen Volkspartei jemals besessene Tatsache, daß die Bamberger Verfassung unter der bestimmenden Mitwirkung und der geschlossenen Zustimmung der Bayerischen Volkspartei zustande gekommen ist.

Mit diesem Manifest hat der Wahlkampf in Bayern offiziell begonnen. Aufmachung und Inhalt geben einen Vorgeschmack dessen, was man von der Bayerischen Volkspartei, die auf diese Weise das glänzende Fiasko ihrer bald vierjährigen Regierungspolitik verschleiern will, zu erwarten hat.

Poehner erkrankt.

München, 25. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Oberlandesgerichtspräsident Poehner ist an einem Magen- und Darmleiden derart schwer erkrankt, daß er zur klinischen und Röntgenbehandlung aus der Haft in eine Privatklinik übergeführt wurde.

In Nürnberg ist unter dem Namen Deutsche Arbeiterpartei eine neue deutschvölkische Organisation ins Leben gerufen worden, die ihre Beteiligung an den politischen Wahlen ankündigt. Letztere dürfte wohl im Rahmen des sogenannten völkisch-sozialen Blods erfolgen.

Eine Stimme der Ermunterung.

Die französische Sozialdemokratie und das Saargebiet.

Saarbrücken, 25. Januar. (Mit.) Der Führer der französischen sozialistischen Kammerfraktion, Leon Blum, hat an den Chefredakteur der sozialdemokratischen „Saarbrücker Volksstimme“ anlässlich der bevorstehenden Landtagswahlen im Saargebiet ein Telegramm gerichtet, in dem er mit den besten Wünschen für die Wahlen die laaändliche Bevölkerung des eingeschriebenen Eintretens der französischen Sozialisten und der Wehrheit des französischen Volkes für das Selbstbestimmungsrecht des Saargebietes versichert.

Die Botschafter bei Macdonald.

London, 25. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Ramsay MacDonald empfing Freitag nachmittag nacheinander die Botschafter Belgiens, Brasiliens, Japans, Deutschlands, Frankreichs, Italiens und der Vereinigten Staaten in London. Die Frage der Verbindung der Völker und Angelegenheiten mit dem Auswärtigen Amt ist von MacDonald sofort in Angriff genommen worden. Lord Parmoor, der neue erste Vertreter Großbritanniens im Völkerbund, hat sich bereits im Auswärtigen Amt niedergelassen.

London, 25. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Das Interesse der politischen Kreise wendet sich in zunehmendem Maße den außenpolitischen Absichten der Regierung Macdonald zu. Dabei spielt die Frage der Anerkennung Sowjetrußlands insofern eine untergeordnete Rolle, als ihre Regelung sehr schnell und einfach erfolgen dürfte: England wird lediglich das Agreement für O'Grady als Botschafter in Moskau nachsuchen und damit wird der entscheidende Schritt für die Anerkennung bereits vollzogen sein. An der Zustimmung der Sowjetregierung zu der Person O'Gradays wird nicht zweifelt.

Es wird versichert, daß Macdonalds Absichten zur Regelung der europäischen Fragen dahingehen, erstens die Zulassung Deutschlands in den Völkerbund von Poincaré zu erwirken und zweitens auf Grund dieser Zulassung zu erwirken, daß die Frage der Sicherheit Frankreichs dem Völkerbund übertragen werde. Dabei könnten besondere Garantien Großbritanniens als Ergänzung des Völkerbundespaktes in Frage kommen. In diesem Zusammenhang wird als besonders wichtig angesehen, daß auch Lord Grey am Donnerstag die gleiche Anregung des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund gemocht hat und Großbritannien Frankreich gewisse Garantien für seine Sicherheit anbiete. Es wird versichert, daß Grey diese Stellen seiner Rede mit Lord Parmoor, dem neuen Kabinettsmitglied und künftigen Vertreter Englands im Völkerbundsrat, vorher vereinbart habe.

Mac Kenna optimistisch.

London, 25. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Der ehemalige Schatzkanzler Mac Kenna, Vorsitzender des zweiten Sachverständigenausschusses der Reparationskommission (deutsche Kapital-Richt), sagte heute auf der Jahresversammlung der Midland-Bank, er freute sich, in der Lage zu sein, seiner Ueberraschung Ausdruck zu geben, daß die Arbeiten des Ausschusses erfolgreich sein würden und daß der Bericht des Ausschusses, falls sich seine Hoffnungen erfüllten, zu einer wesentlichen Änderung in der Behandlung der Reparationsfrage führen würden. Eine solche Änderung sei in der Tat unerlässlich, um einen dauernden Frieden wiederherzustellen.

Das tschechisch-französische Bündnis.

In Paris unterzeichnet.

Paris, 25. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Der Pakt zwischen Frankreich und der Tschechoslowakei wurde am Freitagmorgen am Quai d'Orsay von Poincaré und dem tschechoslowakischen Außenminister Dr. Benesch, der seit Donnerstag in Paris weilte, feierlich unterzeichnet. Der Pakt soll erst am Sonntag veröffentlicht und im Sekretariat des Völkerbundes deponiert werden.

Gewerkschaftsbewegung

Politik der Schwerindustrie.

Im Reichsrat stand die Erwerbslosenfürsorge zur Debatte. Das Ergebnis der Aussprache bestand in der Beauftragung des Hauptausschusses, die Frage weiter zu klären.

In der Aussprache führte der bekannte Großindustrielle Peter Klöner aus:

Die deutsche Wirtschaft liege wie ein aus hundert und mehr Bündeln aus dem Ruhrkampf blutendender Löwe am Boden. Die Ricum-Berträge belasteten die westdeutsche Industrie monatlich mit einer Ausgabe von 80 Millionen Goldmark, die Kohlenruben allein mit 55-60 Goldmillionen. Die Unternehmer hätten die Eisenpreise dem Friedensstand, die Kohlenpreise den englischen Preisen angepasst. Die Löhne seien an Rhein und Ruhr nicht niedriger als im übrigen Deutschland. Der Unternehmer verliere bei den heutigen Preisen und unter Einhaltung der Vereinbarungen über Löhne und Arbeitszeit 20 bis 30 M. an jeder Tonne Eisen. „Unsere Lage ist heute so, daß wir arbeiten müssen, wenn wir nicht untergehen wollen. Die Unternehmer kennen keinen achtstündigen Arbeitstag. Nur durch ihre Arbeit sind sie groß geworden.“

Die Unternehmer hätten durch die von ihnen durchgeführte Lebensmittelverbilligung erreicht, daß Köln innerhalb 14 Tagen von der teuersten zur billigsten Stadt Deutschlands geworden sei.

Dazu bemerkt der „Deutsche“, das Organ Siegerwalds, der, wie Klöner, dem Zentrum angehört:

Die Ricum-Berträge sind von den Industriellen allein abgeschlossen worden. Die Industriellen haben es nicht für notwendig erachtet, die Arbeiterschaft, die am stärksten durch gestiegene Löhne und längere Arbeitszeit die Kosten dieser Verträge zu tragen hat, an den Verhandlungen zu beteiligen. Ob die Ricum-Berträge die von Klöner genannte Belastung gebracht haben würden, wenn man arbeitgeberseitig die Arbeiter als gleichberechtigter in den Verhandlungen hinzugezogen hätte, ist zu prüfen. Bestimmt ist aber, daß den gegenwärtigen Arbeitskonflikten zu gutem Teil durch ein solches Beginnen vorgebeugt worden wäre.

Klönners Ausführungen verraten im sonstigen eine an Hochmut grenzende Heberhebung des Unternehmertums. Ohne die Mitarbeit des letzten Arbeiters bedeutet alle Unternehmertätigkeit nichts. Der ungeschulte Schmetarbeiter, der tagtäglich bei langer Entlohnung seiner Arbeit unerschrocken nachgeht, der Mühe hat, seine Familie nur notdürftig zu ernähren und der am Lebensende nicht auf Ruhm und Ehre, geschweige denn auf ein den Kindern zu hinterlassendes Erbe zurücksehen kann, verdient zumindest die gleiche Anerkennung wie die 15 Stunden „arbeitenden“ Unternehmer. Der am Kesselfeuer stehende Arbeiter leistet sicher in acht Stunden der Volkswirtschaft einen größeren Dienst als der Unternehmer, der täglich 15 Stunden und mehr darauf bedacht ist, durch sogenannte Transaktionen Geld zu verdienen. Die Lässigkeit, die der Arbeiter nach den acht Stunden, die er in der Fabrik oder Grube beschäftigt ist, noch daheim im Haus und Garten ausübt, ist gleichfalls von höherem wirtschaftlichen und sittlichen Wert als die „Arbeit“ so mancher „Wirtschaftsführer“.

Reichlich viel ist es verlangt zu glauben, die Unternehmer „arbeiten“ 15 Stunden, um — noch Geld zuzusehen. Wenn nicht der Erfolg ein augenblicklicher ist, dann hofft man ihn doch später noch zu erlangen. Wo aber bleibt der Erfolg für die Masse der Arbeitnehmer?

Wenn Herr Geheimrat Klöner sich mehr in die Psyche des abhängigen Lohnarbeiters hineinzuversetzen vermöchte und dankbar anerkennen wollte, daß auch sein Werk und sein Reich tum mitgeschaffen wurden durch die Hände derer, die er so oft vornehm abtut, dann würde er solche Reden unmöglich halten können.

Man könnte dem noch hinzufügen, daß die Klage des Herrn Klöner, er lege Geld zu, eine von ihm oft und gern gebrauchte Redensart ist, die nur von seiner Gedankenarmut zeugt. Die Behauptung, die Eisenpreise seien heute wieder Friedenspreise, entspricht nicht der Wahrheit. Die Eisen- wie die Kohlenpreise sind den Weltmarktpreisen angepasst worden, weil man jetzt wieder mit Mark ohne Risikoprämie im Ausland kaufen kann. Die Löhne aber befinden sich weit unter den Weltmarktlöhnen. Aus den gleichen Ursachen ist heute Köln billiger als Berlin. Man kann eben aus dem nahen Belgien und aus Frankreich, wo die Preise niedriger als in Deutschland sind, einführen, seit die Mark stabilisiert ist wäre es aber noch den Klönern und Stinnes gegangen, dann würde die Inflation und damit die wahnsinnige Teuerung noch weiter ihr Unwesen treiben. Die Ruhrbesetzung wie die Ricum-Berträge sind das Ergebnis der Politik der Schwerindustrie. An ihren Früchten ist diese Politik zu bewerten.

Lohnbetrag bei der Reichsbahn.

Vom Deutschen Eisenbahnerverband wird uns geschrieben:

Vor fast einem Jahre kommandierte die Bahnmeisterei 1 (Küstrin) eine Anzahl Arbeiter nach der Bahnmeisterei 2 (Münchberg) ab, ebenso wurde eine Anzahl Arbeiter, zirka 15 Mann, von der Bahnmeisterei 1 (Landsberg) nach der Bahnmeisterei 2 in Weich auf zwei bis drei Wochen abkommandiert. Trotzdem der § 11, sowie § 15 des Reichslohnvertrages den Abkommandierten eine Auswärtszulage zusprechen, schienen es zuerst die Dienststellen, später auch die RBD. Offen ab, irgendwie Auswärtszulagen zu zahlen. Darauf wurde der Fall dem RBR unterbreitet. Die zuständigen Referenten des RBR stellten sich ebenfalls auf den Standpunkt, daß den Arbeitern unbedingt die Auswärtszulage zu zahlen sei. Anders die RBD. Offen. Sie berief zum 14. April 1923 die Vertreter der vertragschließenden Organisationen zu einer Sitzung ein und verbot, die Vertreter gegeneinander auszuspielen. Dabei wurde erklärt, daß eine Anweisung vom RBR noch nicht vorliege. Zur Sache selbst vertrat der zuständige Vertreter der RBD den Standpunkt, daß die Ansicht des Herrn Dr. Koser in seinem Kommentar zum Tarifvertrag eine irrige sei, obgleich Geheimrat Dr. Koser selbst die Verhandlungen über den Reichslohnvertrag ständig abseits hat. Der Streitfall wurde dem Tarifausschuß der RBD. Offen unterbreitet. Dieser stellte sich einmütig auf den Standpunkt, daß die Arbeiter Anspruch auf Auswärtszulage haben. Nur für welche Zeitdauer diese zu zahlen sei, konnte er nicht entscheiden, und er schlug den Vertragsparteien vor, sich in Verhandlungen darüber zu einigen. Da nun durch die

Läßt unsere Jugend nicht zugrunde gehen!

Spenden nehmen entgegen: Hauptauschuß für Arbeiterwohlfahrt, Berlin SW 68, Lindenstr. 3 (Bankkonto: Fr. Bartels, Juchacz, Disconto-Gesellschaft-Depositenkasse, Berlin SW 68, Lindenstr. 3). — Reichsarbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde, Berlin SW 68, Lindenstr. 3. (Postfachkonto: Rch. Lohmann, Berlin SW 68, Nr. 155 468; Postfachamt Berlin NW 7.)

Gebt für die Kinderhilfe der deutschen Arbeiterschaft!

dauernde Geldentwertung der Betrag, der zu zahlen war, vollständig wertlos geworden ist, verlangte der Vertreter der betreffenden Arbeitnehmer eine Bezahlung der Auswärtszulage nach den zurzeit geltenden Beträgen. Dies wurde von den Vertretern der RBD. abgelehnt. Nunmehr erschied der Tarifausschuß auch, daß die Bezahlung aufgewertet zu erfolgen habe. Dieses war am 27. September 1923.

Trotzdem eine Entscheidung vorlag, vergrub die RBD. Offen die ganze Angelegenheit in den Aktenschrant und erst, nachdem in den letzten Tagen des Monats Dezember der Reichsverkehrsminister durch einen Erlass angeordnet hatte, daß nachträgliche Zahlungen nicht mehr aufgewertet werden dürfen, übersandte die RBD. Offen den zuständigen Stellen folgendes Schreiben:

Auf den in der letzten Sitzung des Tarifausschusses abgeschlossenen Vergleich haben wir dem Vorstehenden des Tarifausschusses mitgeteilt, daß der Vergleich in der vorliegenden Form für die Verwaltung nicht annehmbar ist, da die im Vergleich vorgesehene Angleichung der zu zahlenden Beträge an die Geldentwertung nach Artikel 7 der 12. Ergänzung des Besoldungsgesetzes (RBB. Nr. 93/1923 i. d. Nr. 720), von dem wir eine beglaubigte Abschrift beifügen, nicht zulässig ist.

Im übrigen sind wir bereit, den Vergleich anzunehmen und die Auswärtszulagen und die Lohnzuschläge gemäß § 15 des LVB. bis zur Höchstgrenze von drei Wochen zu den damals geltenden Sätzen nachzuschlagen. Die Auswärtszulage betrug für die Zeit vom 15. Februar bis 28. Februar bei einer Ausbeutezeit von über acht Stunden 4000 M. und in der Zeit vom 1. März bis 30. April 5000 M. für den Tag. Im höchsten Maße würde sich also der Betrag von 15 x 5000 = 90 000 M. für einen Arbeiter ergeben. Bei der Mehrzahl der Arbeiter errechnen sich aber bedeutend geringere Beträge, da sie weniger als drei Wochen auswärts beschäftigt waren.

Am Hinblick auf die Tatsache, daß die nachzuschlagenden Beträge in gar keinem Verhältnis zu der Mehrarbeit stehen, und da es kostenmäßig vielfach unmöglich ist, die nachzuschlagenden Beträge in Goldpfennige umzurechnen, erscheint es uns zweckmäßig, von der Nachzahlung ganz abzusehen.

Der Dollar stand Ende März 1923 auf 20 975 M., umgerechnet in Goldmark hätten die in Frage kommenden Arbeiter einen Anspruch auf rund 18 Goldmark. Die RBD. Offen will jetzt grobkörnig 0 000 000 0026 M. bezahlen, obwohl ein Grund für die Nichtauszahlung damals so wenig wie heute bestanden hat.

Wir erlauben uns nun zum Schluß die Frage, ob der Herr Reichsbahnpräsident der RBD. Offen nicht seinem Direktionsposten beim Umzug von Charlottenburg nach Frankfurt a. d. O. auch auf seine Tagelöhner verzichtet hat, bzw. ob er sich nach einem Jahre total entwerteter Ausgaben nicht, was ja einem Verlust gleichkommt. Wie ein derartiges Vorgehen wirken muß, das einem Lohnbetrag gleichkommt, bedarf keiner weiteren Darlegung.

Die Kommunisten machen sich selbständig.

Die Kommunisten beginnen nunmehr, den Zweck der Weimarer Konferenz zu verwirklichen. Von den wahren Iren organisationsmäßigen Verhältnissen ausgeschlossener Mitglieder des Buchbinderverbandes ist ein neues Verbändchen aus der Taufe gehoben worden. Wahrheitsgemäß ist die Kampfkraft der Gewerkschaften zu schwächen. Die Herrschaftsgelüste der Moskauer müssen eben befriedigt werden.

Der Buchbinderverband ist nunmehr dabei, seinen Funktionärskörper nach statutarischen Bestimmungen neu aufzubauen, so daß in Zukunft eine gewinnbringende Gewerkschaftsarbeit geleistet werden kann. So wählte auch dieser Tage eine Branchenversammlung der Galanterie- und Holzrahmenarbeiter die Branchenkommission wieder neu und beschäftigte sich weiter mit dem neuen Lohnabkommen. Die Verhandlungen mit den Arbeitgebern liefen hier wie überall den Einfluss der Unternehmerräteorganisationen erkennen, die trotz Arbeitslosigkeit längere Arbeitszeiten verlangten. Die Absichten der Unternehmer werden in dem Maße durchkreuzt werden, in dem die Buchbinder geschlossen in ihrer Drohposition verharren. Die kommunistische „Zelle“ kann weiter nichts sein als ein Organ zur Verteidigung der Unternehmerinteressen.

„Selbst der „Vorwärts“ ...“

In Nr. 19 des „Vorwärts“ berichten wir über eine Kundgebung der Bankangestellten. Unser Bericht umfasste 70 Zeilen, in denen die Ausführungen der beiden Referenten wiedergegeben wurden. Schon mit Rücksicht auf unsere Raumverhältnisse konnten wir die Entschliehung nicht mit übernehmen. Unser Bericht schloß daher mit dem Satze: „Unter lebhaftem Beifall nahm die Versammlung eine im Sinne der Referenten gehaltene Entschliehung an“.

Der deutsche Bankangestellte, das Organ des Allgemeinen Verbandes der deutschen Bankangestellten, für dessen Redaktion Karl Emontz verantwortlich ist, berichtet über diese Kundgebung vom 10. Januar in seiner Nummer 2 vom 24. Januar mit folgender Einleitung:

„Die bürgerlichen Zeitungen, die jeden Reich und Reich in ihren Spalten nicht genug dreihundert wissen, haben von dem am 10. Januar stattgefundenen Riesenversammlung der Bankangestellten Groß-Berlins, trotz rechtzeitiger Einladung, keinerlei Notiz genommen. Selbst der „Vorwärts“, das sogenannte Blatt der Berliner Arbeiterschaft, der als einzige Zeitung einen Berichterstatter entsandt hatte, wagte es nicht, die in der Versammlung angenommene Resolution zum Abdruck zu bringen.“

Das Blatt gibt dann einen Bericht wieder, den es der B.Z.-Korrespondenz für die Presse übermittelt hatte. Dieser Bericht umfaßt 24 Zeilen, etwa 20 „Vorwärts“-Zeilen. Die Resolution ist in weiteren 23 Zeilen wörtlich wiedergegeben. Sie enthält nicht eine einzige spezielle Forderung der Bankangestellten, sondern nur die allgemeinen wirtschaftlichen politischen Gegenwartsforderungen, die im „Vorwärts“ tagtäglich,

ich, im Morgen- und im Abendblatt vertreten werden. Das mehr als einseitige Unterstellen, der „Vorwärts“, den dieses Organ einer Angestellten-Gewerkschaft als das „sogenannte“ Blatt der Berliner Arbeiterschaft zu bezeichnen beliebt, wage es nicht, auch eine minder klug abgefasste Resolution zu veröffentlichen, richtet sich damit von selbst.

Die Wirtschaftslage im Ruhrgebiet.

Bochum, 25. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die Lage im Bergbau soll jetzt durch erhebliche Gütertarifiermäßigungen gebessert werden. Nach Mitteilungen von Unternehmerseite sollen die bestehenden Schwierigkeiten im Absatz lediglich eine Tarifrfrage sein, was natürlich unzutreffend ist. Indessen ist man im Reichsverkehrsministerium bereit, den Wünschen der Bergbauindustriellen entgegenzukommen und mindestens für die Sechen des Ruhrgebiets wesentliche Erleichterungen zuzugestehen. Die letzte Frachtermäßigung erfolgte im Dezember o. J. und betrug 8 Proz. Man erwartet, daß das Reich in Anbetracht der Besien, die die Ruhrindustrie zu tragen hat, weitere erhebliche Vergütungen gewährt. Inzwischen verschärft sich die Bergbaufinanz. Auch am Freitag liegen eine große Anzahl neuer Anmeldungen von Feiertagen vor. Der Druck auf die Arbeiterschaft wächst. Bezeichnend für die Lage sind die in letzter Zeit sich häufenden Ueberfälle bewaffneter Gruppen auf Polizeipatrouillen, die in Essen, Kniesteele und Bochum Opfer kosteten. Ueber das Ausmaß der Wirtschaftskrise des industriellen Westens informierten die Zustände im Siogener Manianrevier, wo befürchtet wird, daß in kurzer Zeit auch der letzte Hochofen abgeblasen werden muß. Auch hier werden die Schwierigkeiten auf die hohen Frachten zurückgeführt, so daß man annehmen kann, daß die gesamte Schwerindustrie einen großen Freidzug gegen die augenblicklichen Frachtsätze der Eisenbahn vorbereitet. Interessant dabei ist übrigens, daß die Fertigungsindustrie sich neuerdings wieder schärfer als zuvor gegen die Preispolitik des Roheisenverbandes wendet, dem man eine verschleierte Preispolitik vorwirft.

Schiedspruch in der Ruhr-Maschinenindustrie.

Ein Schiedsgericht unter dem Vorsitz des Vertreters des Reichs- und Staatskommissars fällte folgenden Schiedspruch: 1. Der Lohn beträgt in der Spalte A für Facharbeiter der Maschinenindustrie 50 Pf. die Stunde, B für angeleitete Facharbeiter 45 Pf., C für männliche Hilfsarbeiter 40 Pf., D für weibliche Hilfsarbeiter 28 Pf., 2. Ziffer 4-6 des Schiedspruchs vom 3. Januar 1924 finden Anwendung. (Diese lauten: Ziffer 4: Die Akkordlöhne sind so zu bemessen, daß die Akkordarbeiter bei voller Leistung 10 Proz. mehr verdienen als die Zeitarbeiter dieser Gruppe. Ziffer 5: Die Sozialzulage beträgt 50 Pf. für die Woche.) 3. Ueber die in § 1 der Berufsordnung vom 21. Dezember 1923 vorgesehene Arbeitszeit hinaus wird in der einzelnen Lohnwoche eine Mehrarbeit von acht Stunden geleistet. Hinsichtlich der Vergütung dieser acht Stunden wird angenommen, daß die tariflichen Zuschläge in den jeweils festgesetzten Lohnsätzen enthalten sind. Die Verteilung auf die einzelnen Arbeitszeiten bleibt jedem Betrieb im Einverständnis mit den geschäftlichen Betriebsverrichtungen überlassen. 4. Diese Regelung gilt bis auf weiteres und kann mit halbmonatlicher Frist frühestens zum 1. April 1924 geändert werden. 5. Die Erklärungsfrist läuft bis zum 26. Januar 1924, mittags 12 Uhr. Der Schiedspruch erging mit den Stimmen des Vorsitzenden und der beiden unparteiischen Beisitzer.

Zum englischen Eisenbahnerstreik.

Ueber den Grund, weshalb das Lokomotivpersonal in England in Streik getreten ist, berichtet die Korrespondenz des IGB., daß diese Berufsgruppe in den Verhandlungen mit dem nationalen Lokomotiv sehr schlecht abgeschnitten hat, während sich alle übrigen Kategorien zu den erreichten Resultaten befähigen konnten. Wenn den Forderungen der Eisenbahngesellschaften voll entsprochen worden wäre, würde sich der Lohnverlust aller Eisenbahner auf 4 Millionen Pfund Sterling pro Jahr belaufen haben. Den Gesellschaften ist nun kaum ein Anteil dieses Betrages zugesprochen worden, doch ein großer Teil dieser Summe entfällt auf das Lokomotivpersonal. Sie werden zwischen 9 und 22 1/2 Schilling pro Woche einbüßen. Die schwersten Verluste erleidet dabei das Lokomotivpersonal der Erprekzüge. Der Prozentsatz der Betroffenen würde sich auf nur 3 1/2 Proz. stellen. Selbst wenn sie aber die Herabsetzungen zu ertragen haben, werden sie noch zirka 6 Pfund Sterling pro Woche verdienen. Bis jetzt gelang es dem Lokomotivpersonal am besten, die Kriegslohnsätze beizubehalten. Die Löhne dieser Kategorie stehen zurzeit 114 Proz. über dem Vorkriegslohn.

59 000 Lokomotivführer, Heizer und Puffer gehören zur „Associated Society of Locomotive Engineers and Firemen“, die den Streik angeleitet hat, zirka 20 000 Lokomotivführer, Heizer und Puffer zur „National Union of Railwaymen“, die den Entschluß des nationalen Lohnnamtes angenommen hat und sich deshalb am Streik nicht beteiligt.

Die Direktoren der Eisenbahngesellschaften haben auf Grund der Vermittlungsaktion des neuen Ministers des Innern, Henderson, eine Sitzung abgehalten, doch wurde kein Beschluß gefaßt. Die Stimmung, die in der Sitzung zum Ausdruck kam, kann jedoch als verhältnismäßig begehrt werden und man hofft, daß die Verhandlungen in Kürze in Gang kommen werden.

Die Funktionäre der Metallindustrie. Sonntag vormittag 10 Uhr in der Brauerei Könnigshof, Schönhauser Allee 19-21.

Verantwortlich für Politik: Graf Reuter; Wirtschaft: Fritz Caterwas; Gewerkschaftsbewegung: F. Eilers; Familien: R. G. Böcher; Politik und Sonstiges: Fritz Kahlert; Angeler: H. Gode; Familien in Berlin: Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 2, Dienst 1. Verlag.



Hautjucken, Flechten, offene Füße (Krampfadern)

auch veraltete Wunden heilt die milde und wohltuende, seit Jahrzehnten bewährte San.-Rat Dr. Strahl's Hausalbe Ori. (oral-Dosen à 0mk. 2.— u. 3.00 franko). Die meisten Apotheken, Berlin SW., Leipziger Straße 74, am Dönhofsplatz.

WELTBEKANNTE **BATSCHARI** QUALITÄTSMARKEN **Fiat White Star Eten**

Auf den Pfaden der Taschendiebe.

Schönen des Verkehrs. — Nur die Großstadt ernährt sie.

Es gibt heute noch Naturdiele, bei denen der Diebstahl erlaubt ist — er gilt als Zeichen besonderer Gewandtheit. Der moderne Mensch hat scheinbar viel von der Naivität seiner Vorfahren eingebüßt: für ihn ist der Verbrecher je gewandter, desto gemeingefährlicher. Der Taschendieb aber ist unter allen Dieben derjenige, der es am meisten mit dem Taschenspieler hält: „Geschwindigkeit ist seine Hegerede“ lautet sein Wahlspruch.

Charakterzüge.

Man tritt dem deutschen Michel vielleicht nicht zu nahe mit der Behauptung, daß er zu diesem Berufe sehr wenig Eignung aufweist. Möglich, daß er als Taschenspieler zu plump ist, zu ungenau, zu wenig geschmeidig, nicht genug Schauspieler. Vielleicht liegt ihm auch nicht die jählich offene Art, mit der er seinen Opfern etwas vorzuweisen muß, um zum Ziele zu kommen. In der Regel sind die Taschendiebe tippstopp gefälscht, mit tadelloser und ansprechenden Manieren, zuvorkommend, liebenswürdig, freundlich, oft gemächlich, mit einschmeichelndem Wesen. Sie gelten ebenso leicht in die Seele ihrer Mitmenschen hinein wie in deren Taschen. Das bringt ihr Handwerk mit sich. Sie stellen dem Opfer das Bein, so daß es strauchelt, und helfen ihm dann auf die Beine. Sie treten zuvorkommend beiseite und lassen einen vor, um die Taschen zu entleeren. Sie bemühen sich nirgends anzuhängen, um sicherer zu fahren. Sie sind auch gute Menschenkennner und besitzen Scharfblick: sie wissen genau, wo was zu holen ist, unterscheiden den Provinzler vom dem Hauptstädler, den nur gut Bekleideten von dem mit Geld Beladenen, kennen die Gewohnheiten ihrer Opfer. Geschick und intelligent, von verblüffender Geistesgegenwart und Schlagfertigkeit, sind sie gleichzeitig froch-dreist bis zum Zynismus.

Diebeschulen und Jugendliche.

Wie bei Akrobaten und Taschenspielern heißt es auch hier: Frühe übt sich, wer ein Meister werden will. Geschäftstüchtige Senatoren des Handwerks sorgen deshalb für Nachwuchs. So gab es und gibt es wohl noch heute in vielen Hauptstädten Diebeschulen. Fünfzehn solcher Schulen wurden vor einigen Jahren von der Londoner Polizei in verschiedenen Stadtteilen im Laufe von 7 Monaten entdeckt. In Japan hat es eine originelle und weitverbreitete Diebeschule sogar zu großer Berühmtheit gebracht. Mit Beginn aber der Taschendiebstahl ohne spezielle Schulung seine Laufbahn sehr früh. In den Straßenbahnen Moskaus kamte man einen achtfährigen Jungen beobachten, der seine ersten Diebeschritte unter der Leitung seines sechs Jahre älteren Bruders machte. Niemand ohne, daß dieser Dreifährling, der so geschmeidig hin und her huschte, seine dünnen Fingerringe in die Gesichtsfalten der Männer drückte, die Handtaschen der Damen öffnete oder das von seinen Komplizen gestohlene Gut an sich nahm. Erst vor kurzem wurde von einem älteren Mann und zwei Jungen berichtet, die auf einer Berliner Straßenbahn festgenommen wurden, ebenso auch von einem 13jährigen, der als 11jähriger Junge keine Laufbahn begann und dann für längere Zeit nach Amerika gegangen war. (Waffen erzählt von einem 13jährigen russischen Knaben, der es zu solcher Gewandtheit gebracht hatte, daß er selbst im Gerichtssaal von den ihm vorgelegten Gegenständen einige Kleinigkeiten fehl.) Während der Kriegszeit waren es Hunderte von halbwüchsigen Burschen, die an den Straßenbahnen und Bohnhöfen in kleinen Bänden von 4 bis 5 Mann „arbeiteten“. Sie krängten sich an die überfüllten Tramwagen und machten hier leichte Beute. Es war wie eine physische Infektion.

Taschendiebes Glück und Ende.

Trotz der großen Gewandtheit, mit der die Taschendiebstähle ausgeführt werden, haben viele Verbrecher doch besonders kurze Beine. Ist es nicht der Beamte, der den Dieb abfängt, so ist es in den meisten Fällen das Opfer selbst. Man lang kann der Taschendieb überhaupt nicht auf ein und derselben Stelle in ein und derselben Stadt „arbeiten“: er läuft Gefahr, dem aufsuchenden Kriminalbeamten zu oft unter die Augen zu kommen. Es fällt ihm auch leichter als dem Eindringler, seinen Tätigkeitsort zu wechseln! Er ist ja nicht an Ortskenntnisse, an bestimmte Hehle u. dgl. mehr gebunden. Überall, wo Menschenansammlungen entstehen, an der

Elektischen, Untergrund- und Stadtbahn, an Bahnhof-, Bank-, Warenhaus-, Konzert- und Theaterstätten und Garderoben, an Schaufenstern, auf Sport- und Volksfesten, öffentlichen Versammlungen kommt der Taschendieb auf seine Kosten. Das Bestohlene — es brauchen ja nicht gerade Aramattennadeln oder Uhren mit Ketten zu sein, es ist ja größtenteils Geld — kann ohne Fehler seine Dienste tun. Auch in mancher anderen Beziehung hat er es bequemer als sein Kollege, der Eindringler. Dieser ist genötigt, seinem Anschlag auf fremdes Eigentum größtenteils mühseliges Ausrüstungsgegenstände voranzugehen zu lassen, Handwerkszeug mit sich zu führen, das gestohlene, oft umfangreiche Gut beiseite zu schaffen, um es dann unter Gefahr zu Geld zu machen. Diese relative Leichtigkeit im Verbrechen-Begehen wird dem Taschendiebe zum Verbhängnis. Die Vorstellung von Menschenansammlungen und eventueller Beute beugt auf ihn zungunstig zu wirken; eine stete Unruhe hat ihn erfasst, nur die entsprechende Diebeshandlung bringt ihm auf kurze Zeit Erlösung. Die besten Vorsätze, mit der letzten reichen Beute sich zu begnügen, das Geld irgendwie nutzbringend anzulegen und mit der Diebeslaufbahn Schluss zu machen, verflüchtigt sich wie Rauch, Karten, Alkohol, Weiber, diese ständigen Beiseiter des Diebes drängen ihn immer weiter in die Diebeslaufbahn hinein. Das Bewußtsein, daß er es ja nur nötig habe, sich in diese Menschenmenge zu begeben und das Opfer herauszufuchen, um zu Geld zu kommen, verleitet ihn zu um so leichteren Verpötern des eben Erbeuteten. Der zusammengeschmolzene Borsal zwingt ihn dann einfach zu weiteren Diebereien.

Wie wird gestohlen?

Im großen und ganzen gedeiht der Taschendiebstahl nur auf dem Boden der Großstadt. Die Mittel, deren sich die Diebe bedienen, sind verschieden und variieren je nach der Individualität des Täters und der Verhältnisse. Ueber der simplen Infiltrierung eines Gedränges, bei welcher Gelegenheit mit zusammengelegtem Zeige- und Mittelfinger, der sogenannten Schere, Briefstapfen herausgeholt, mit Hilfe einer Kange Uhr und Kette abgeknipst oder aus der geöffneten Handtasche der Damen G-Geld entnommen werden, führt der Rep zu komplizierteren, bis in die kleinsten Einzelheiten durchdachten und mit größtem Raffinement durchgeführten Diebstählen. So erzählt Ferrini von einer Feme, die im Londoner Vorortzug einem Herrn im Wagen 2. Klasse ihr in Spitzen gehülltes Baby übergab, um in aller Eile „ihre Jose“ zu suchen. Der Herr blieb mit dem Baby, das sich als Kindergruppe entpuppte, dafür aber ohne Taschenuhr stehen. In einem anderen Falle, von dem unlängst in den Zeitungen berichtet wurde, drängten sich drei internationale Diebe im Korridor des D-Zuges an einem Herrn vorbei und nahmen ihm im Vorübergehen eine Kleinigkeit aus der Tasche. Beteiligt sind auch andere Kunststücke. Man bittet einen Herrn um Feuer, man strauchelt beim Verlassen der Bahn und stößt sich hinterher auf freilegende ausstehende Passagier, man tritt einer Feme aufs Kleid und öffnet ihr die Handtasche. Besonders amüßig sind die Fälle, wo das von Kommissen Befohlene mit Hilfe der Arche in eine unter dem Innerrad befindliche Tasche oder gar zwischen die Oberdeckel entwedert wird, oder wenn mit einer falschen Hand gearbeitet wird, die ruhig auf dem Schoß liegt, während die richtige an dem Opfer herummanövriert. Gewöhnlich arbeitet man mit Kommissen, die dem Kausläufer „Band“ stehen oder das Bestohlene entgegennehmen, während der erste mit einem Beiseiter oder einem Maid über dem Arm an seinem Objekt herumhantiert.

Nicht gering ist der Schaden, den die Taschendiebe der Bevölkerung zufügen. Mit Recht wird aber behauptet: Die Gesellschaft hat die Verbrecher, die sie verdient. Soziale Missstände, Rot, jugendliche Verwahrlosung, ungenügende Jugendwohlfahrt, unabweisliche Verbrechensbekämpfung züchten das Verbrechertum und macht sie zur Plage für die Menschheit. Der Verbrecher selbst wird seines Lebens nie richtig froh. Er verleiht die Tage seiner Freiheit in Saus und Braus, gewöhnt sich schließlich an seinen Beruf, nimmt Gefängnis- und Zuchthausstrafe als selbstverständliches Geschäftsrisiko mit in den Kauf, fragt sich aber in

irgendeiner nachdenklichen Minute von kleinmütiger Schwäche oder soeistlicher Erleuchtung: Habe ich denn nicht auch anders meinen Lebensweg gehen können, so wie der größte Teil der Menschen, die doch nicht weniger glücklich geworden sind als ich, jedoch Arbeit, Heim, Familie besitzen. Das ist es eben: Wer den Verbrecher kennen lernen will, der selge hinab zum Anfang der verbrecherischen Laufbahn — größtenteils ist es die Jugend. Da anzupacken ist noch leicht und tut not — da könnte unter Umständen noch manches kostbare Menschenkind fürs Leben gerettet werden und viel fremdes Gut verschont bleiben. Will man das Verbrechen erfolgreich bekämpfen, so bessere man unsere sozialen Verhältnisse, halte sie und lerne in erster Linie für das physische, geistige und sittliche Wohl der Jugend. Denn schwer begehrt der Reuling nur den ersten Diebstahl. Bleibt er unentdeckt, so folgen um so leichter die nächsten. Und dann geht es oft bis ins Endlose...

Karnevalsfiguren.

Wenn wir Sozialisten uns anschauen, den ersten Mai zu feiern, wenn Sozialisten, Republikaner und Friedensfreunde im Gedächtnis an den Beginn des fürchterlichen Völkermordens und an seinen endlichen Abschluß zu ersten Feiern zusammenkommen, dann schreit das ganze Heer der Reaktion in Presse und Versammlungen über „unzeitgemäßes Festfeiern“ und über „Bergnügungsfucht“, und daß „keine Zeit zum Feiern sei, sondern daß gearbeitet werden müsse“. Da ist es geradezu auffällig, mit welchem Eifer sich die Angehörigen der Reaktion selbst dem Feiern rauschender Feste hingeben. Mit Pomp und riesigem Schaugepränge wurde der 18. Januar, der Tag der Kaiserkrönung, gefeiert. In den Friedensjahren hat sich kaum ein Mensch um diesen Tag gekümmert. Der 24. Januar war schon wieder ein Festtag, nämlich der Geburtstag Friedrichs II., des Fredericus Rex, und er wurde und wird als „Frederichstag“ gefeiert. Unglaublich lächerlich wirkt es, wenn ausgerechnet eine evangelische Gemeinde im Berliner Westen den Geburtstag dieses Freidenkers und Religionsstörers mit Bäckerdorf, einem richtigen Feldprediger, einem Bismarckredakteur als Rezitator und den Primanern und Obersekundarern des Gymnasiums feiern läßt. Denn dieser Fredericus Rex hat einmal gesagt: „Unsere heiligen Religionen gleichen ebenso wenig der Christi wie der Proteffischen. Jesus war ein Jude und wir verkörmen die Juden. Jesus predigte Duldung und wir verfolgen. Jesus predigte eine gute Sittenslehre und wir üben sie nicht aus.“ Was würden die evangelischen Gemeindeglieder sagen, wenn ihnen statt des Hohenfriedbergers und des Finnsländischen Reitermarsches und des Gottes, der Eisen wachsen ließ, diese Worte des Rex und noch einige andere nicht ganz uninteressante vorlesamiert würden? Aber ganz egal, die Hauptsache ist, daß gefeiert wird und daß die Feiern ein Dorn ist, mit dem man die Republik blutig reißt. Dann kommt der 27. Januar, der trotz der heiligen Memoiren bei vielen Unverwundeten „Kaisers Geburtstag“ bleiben und als solcher gefeiert wird. Weiter: Ein gleichfalls im Westen befindlicher Schützenverein erklärt öffentlich, daß er infolge des Krieges leider kein 25jähriges Gründungsfeiern nicht habe feiern können und nun dafür das 30jährige feiere. Mit knalligen Worten heißt es dann, daß die Schützenhilfe durch das Fest „fremden Einflüssen und unheimlichen Elementen zeigen müsse, daß es im Vaterland noch genügend deutsche Männer und Frauen gibt, die sich den Sinn für deutsche Weisheit bewahrt haben“. Wie man einem „fremden Einfluß“ etwas zeigen kann, das ist die Schützenhilfe erst mal vorzuziehen, denn zum Sinn für deutsche Weisheit gehört doch wohl auch die Beherrschung eines richtigen deutschen Sprachstils. Die deutsche Weisheit aber bestand nach einer gleichzeitigen Anzeige der Hilfe in einer „Lombola“ und einer „Festkoloniale“ nebst Breischließen, Ball mit vollbesetztem Orchester und Militärkonzert des Potsdamer Reiterregiments 4. Lombola ist ein italienisches Wort und dient zur Bezeichnung eines italienischen Verlosungsspiels. Das Wort Koloniale ist französischer Ursprungs und bedeutet ursprünglich einen polnischen Nationalisten. Wie kommt nun aber dieser italienisch-französisch-polnische „fremde Einfluß“ in die „deutsche Weisheit“ der Schützenhilfe hinein? Wie dem auch sei, die Hauptsache ist doch die Feiern und der Ball, nicht wahr? Nur ein arger Druckfehler hat sich dann in die Anzeige des Vereins eingeschlichen gar nicht unangenehm, ein wenig hinaus in die schöne, frische Luft zu gehen.

(Nachdruck durch Reich-Verlag, Berlin.)

Der Bürger.

Von Leonhard Frank.

Jürgen öffnete seinen Beutel. „Da, sieh selbst! Habe ja genug.“

„Jürgen, du bist geradezu beleidigend. Nimm diese Summe... Ich könnte sonst unter keinen Umständen den Verkehr länger mit dir aufrechterhalten.“ Adolfs Hände und Schultern bekräftigten: „Wir sind doch heute nachgerade keine Gymnasialisten mehr, gewissermaßen.“ Er öffnete die Tür. „Bitte, nach dir!“

Am Stammtisch qualmten Statpieler, die alle Gläser hatten; eine spanische Wand sonderete ein Kaffeekränzchen — neun, mit farbigen Kapothüten geschmückte, papageienhafte Damen — ab von den stillen Zeitungseltern. Der Ober bediente geschäftsfreudig und schwingend, stand manchmal reglos auf seinem erhöhten Beobachtungsposten neben dem Büfett, wachsam das Lokal im Blick. Ein Fensterstisch, mit der Aussicht auf das Kasperporthaus, war frei.

Der Pikkolo stand, ein Bein elegant übergeschlagen, reglos in genau derselben Haltung wie der Ober, und wand sich auf dessen Augenwink hin schwingend und geschäftsfreudig um die Tischchen herum zu den Freunden; er war erst seit zehn Tagen Pikkolo.

„Was befehlen die Herren?“ Die schwiegen. Und der Pikkolo rasselte heraus: „Bier, Wein, Kaffee, Tee, Schokolade... Eis, Bunich, Glühwein, Limonade.“ Achtungsvoll betrachtete er die Schweitztropfen, die auf den Stirnen der Freunde hervortraten. Und fühlte seine Ueberlegenheit im selben Maße wachsen, wie die Raffinesse der beiden zunahm, wiederholte hingend sein Gebot.

Adolf bestellte zwei Glas Glühwein und zwei Glas Grenadine und sagte, nachdem der Pikkolo an das Büfett gestürzt war: „Ich habe Glühwein und Grenadine für uns bestellt. Du gestattest doch!“

Der Pikkolo ließ unterwegs das Tablett, wie von einer Meereswelle mitgeführt, aus der Tiefe weich in die Höhe steigen, wieder abwärts schwimmen und knirschend auf die Marmorplatte auflaufen, ohne einen Tropfen zu verschütten. „Die Grenadine schmeckt wie der Buchdeckel der Biblischen

Geschichte, weißt du, wenn man daran geleckt hat,“ sagte Jürgen und verzog das Gesicht.

Als die Freunde sich am dampfenden Glühwein die Zungen verbrannt und im Bad des heißen Sonnenheims die Zigarillos angezündet hatten, erlangte Adolf die Fassung wieder, lehnte sich zurück, sah zum Knopfbau hinüber. „Du hattest Gelegenheit, die Partierrefälle in Augenschein zu nehmen. Derselbe Betrieb widelt sich in allen vier Stockwerken ab. Und unterm Dach sowie im Keller befinden sich ebenfalls gigantische Knopfsager. Das muß man sich nur vorstellen: Das ganze Kiefengebäude vollgestopft mit lauter Knöpfen. Alle Sorten, notabene!“

Von der Sonnenhitze mit Glühwein und Zigarillos war Jürgen übel geworden: Das Knopfsager wurde lebendig, verwandelte sich in ein ungeheures Meer schwarzer Schwabenhäfer, die an allen Wänden auf- und übereinander krabbelten. In nebelhafter Ferne hörte er die begeisterte Stimme Adolfs.

„Alle, obsolet alle Arten Knöpfe! Ich werde mir eine Knopfsammlung anlegen. Sie wird die größte der Welt sein. Rückenlos! Denn, überlege — welcher Knopfsammler hätte, wie ich, die Gelegenheit... Und meine zukünftigen Kollegen da drüben, bei denen das gewissermaßen der Fall wäre, denken vermutlich wieder nicht daran, sich eine Knopfsammlung anzulegen.“

Der Ober schwebte einen halben Meter über dem Fußboden durch das Lokal. Jürgen wagte Adolfs wegen nicht, die Zigarillos wegzumerken. Den Stumpfen im Mundwinkel, das Gesicht von kaltem Schweisse beschlagen, sah er mit dem verzerrten Ausdruck lächelnden Wohlbehagens seinen Freund an.

Der entwickelte den Plan seines Vaters, eines großen Knopfsabrikanten, welcher sich mit der Idee trug, seiner Fabrik ein eigenes Kasperporthaus anzugliedern, nachdem Adolf bei der Konkurrenz den Betrieb gründlich kennengelernt habe. „Da hast du meine Zukunft. Mein Weg läuft pfeilgrad empor... in logischer Folgerichtigkeit, gewissermaßen... Industrie und Handel, mein Vieber! Alles andere ist Romantik.“

Sie sahen zum Fenster hinaus; die Pferde vor dem Exporthaus zogen an; die hochgeürnten sauberen Knopfstützen rollten fort, dem nahen Güterbahnhof zu.

Der Knopfsastwagen, das ganze Café, Statpieler, Messingläster, Sammetbänke kreisten wie eine Berg- und Talbahn um Jürgen herum. Er wollte beiläufig seine schon in wenigen Jahren zu erwartende Wahl zum Bürgermeister erwähnen und sagte krampfhaft gleichgültig: „Es wäre jetzt viel-

leicht gar nicht unangenehm, ein wenig hinaus in die schöne, frische Luft zu gehen.“

Vor dem Café sah Jürgen, wie eine gepflegte Dame auf einen Krüppel zuging, dem der rechte Arm und das linke Bein fehlten. Die Frau des Krüppels nahm die Banknote sofort an sich und stellte der schlüchtern aufblühenden Witwe Mannes einen notgestählten Blick entgegen. Der strosulöse Säugling auf ihrem Arme unterbrach den stummen Kampf durch Geschrei. Dann zog die Familie weiter. Langsam, böse, farblos.

Nachdem der offene Wagen der Trambahn die verkehrreichen Straßen durchfahren, die letzten Häuser und den mächtigen Gaststiel hinter sich gelassen hatte und in nun ungehinderter Fahrt durch sanftbüheltes Wiesland der Endstation entgegenfuhr, von kühler Luft durchzogen, röteten sich Jürgens Wangen wieder.

Ein Herr, alt, grau, steif, wie aus grauem Pappendeckel zusammengesteckt, wackelte steif hin und her.

„Auch wenn andere Plätze frei sind, fahren alle Leute nicht mit den Augen zur Fahrtrichtung... Die Jungen immer!“

„Das ist eleganter Bidsinn.“ Adolf sah lässig zurückgelehnt, Bein übergeschlagen.

Die Alten wollen gar nichts Neues mehr sehen. Die bilden immer in die Vergangenheit.“

„Glatter Unsinn! Direkt eleganter Bidsinn!“

Die Jungen wollen sehen, wohin die Fahrt geht.“

Die Alleebäume flogen plötzlich nicht mehr nach rückwärts. Der Wagen hielt bei der Endstation im Knirschen der Bremsen. Stille, in die hinein ein Vogel zwitscherte.

Der Führer blieb allein zurück, setzte sich in den Straßen Graben. Der Wagen stand beziehungslos in der Landschaft. Der Tag war heiß und lang gewesen.

Jürgen, schnell in Harmonie mit der Natur, wollte durch den Wald heimwärts gehen, während Adolf, zu abrupt ins Grün gestellt, unwillige Blicke den Ackerfurchen zuwarf und vorschlug, wieder mit der Trambahn zurückzufahren.

Die schon verlinkende Sonne ließ noch Feuer aus den Fenstern der Stadt schlagen. Das sanftgewellte Land lag weit hingebreitet. Die ferneren Wälder schienen nur handhoch zu sein. Der herausstöhnende Pfiff der Papierfabrik stieß die Arbeiter zu den Toren hinaus. Schon stand ein grüner Stern am Himmel. Liebespaare, umschlungen, gingen vorüber, der heraufkommenden Sommernacht entgegen. (Fortf. folgt.)

UNSERE NEUEN GOLDMARKPREISE

KOLIBRI NR. 5	3 Pfg.	ORPLID grün	5 Pfg.
MIKRULI	3 Pfg.	ORPLID rot	6 Pfg.
DUBEC BASMA NR. 12 ..	4 Pfg.	ACO	8 Pfg.
CONSTANTIN NR. 23 ...	4 Pfg.	LEVANTEBLUME	8 Pfg.
REITSCHULE	4 Pfg.	SOFTA	10 Pfg.

CONSTANTIN DER GROSSE 12 Pfg.

ermöglichen heute jedem Raucher — auch dem verwöhntesten — den Genuß unserer bekannten Marken, denen er schon früher ihrer Güte wegen den Vorzug gegeben hat.

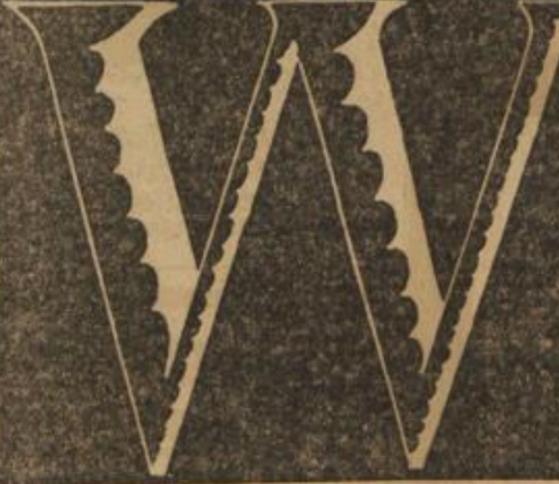
→ IN JEDEM ZIGAREN-SPEZIALGESCHÄFT ERHÄLTlich ←

CIGARETTENFABRIK CONSTANTIN HANNOVER

WEISSE



WOCHEN



Wäsche- u. Braut-Ausstattungen

Damen-Wäsche Ein Paar Damenhemden aus prima Hemdentuch, mit breiter Hohlbaum-Launette . . . Stück 1.65 Ein Paar Damenhemden aus Renforcé mit moderner Garnierung . . . Stück 1.95 Ein Paar Damenhemden aus prima Qualität, reich bestickt mit Hohlbaumträger, Stück 2.45 Ein Paar Damenhemden elegante Ausführung, mit reicher Stickerei-Garnier, Stück 3.95 Ein Paar Damen-Garnituren, Hemd und Hose, kräftige Qualität u. reiche Stickerei-Garnierung, Garnitur 5.95 Ein Paar Damen-Garnituren, Hemd und Hose, aus prima Makotuch mit reicher Hohlbaum-Verzierung . . . Garnitur 6.50 Ein Paar Damen-Nachthemden, pa. Hemdentuch mit stickerei-Einsatz und Ansatz Stück 4.95 Ein Paar Hemdhosen, in allen Größen vorrätig, mit reicher Lochstickerei und Hohlbaum-Bünde Stück 3.45 Ein Paar Dam.-Reformröcke aus prima Wäschebatist mit reicher Stickerei-Garnierung . . . Stück 7.50 Ein Paar Damen-Nachjacken aus prima Körperbarchent mit reicher Garnierung Stück 3.45 Ein Paar Untertassen aus Hemdentuch mit Stickerei-Einsatz Stück 0.75 Wäsche Ein Paar Untertassen aus Renforcé mit reicher Stick.-Garnierg. Stück 0.95 Ein Paar Untersecke mit breitem Stickerei-Vol. Stück 4.95 Ein Paar Anstandssecke mit Launette aus prima Körperbarchent, Stück 4.95 Ein Paar Herren-Tag-Hemden mit reich. Falten-garn. u. Hemdent. St. 4.95 Ein Paar Babon-Malter aus Trikotstoff mit kleinen Webefehlern . Stück 0.95	Baumwollwaren Ein Paar Hemdentuche, starkfädige Qualität, Meter 0.65 Ein Paar Renforcé, 80 cm breit, geeignet für Damenwäsche. Mir. 0.55 Ein Paar Hemdentuche, starkfädige Qualität, geeignet für Herren-Hemden Mir. 0.95 Ein Paar Hemdentuch, ungeblickt, ganz beord. vorteilhaft Mir. 0.75 Ein Paar Louisiana-tuch, 80 cm breit, geeignet für Bettwäsche . . . Mir. 0.95 Ein Paar Louisiana-tuch, 130 cm breit . . . Mir. 1.65 Ein Paar Maustuch, volle Bettbreite, besonders geeignet für Laken, Meter 1.65 Ein Paar Bett-Dimitt, 90 cm breit (Ansburger Qualität) Mir. 1.65 Ein Paar Bett-Dimitt, 90 cm breit (Ansburger Qualität) Mir. 2.05 Ein Paar Bett-Dimitt, 150 cm breit, mit schönem Blummuster, geeignet für Ueberschlag-Laken, Meter 2.95 Ein Paar Bettbezug-Stoffe, 50 cm breit, bunt geblickt Mir. 1.25 Ein Paar Bettbezug-Stoffe, 130 cm breit, bunt geblickt Mir. 1.95 Ein Paar Hemden-Ear-chent, besonders gute Qualität Mir. 0.65 Ein Paar Einzelne Kopfkissen aus Louisiana-tuch Stück 1.95 Ein Paar Bezüge aus Louisiana-tuch, Deckbett und zwei Kissen, Garnitur 9.75 Ein Paar fertige Bett-laken, volle Bettbreite, 140 cm breit . . . Stück 3.95 Ein Paar Wickeltücher aus prima Swasey, Stück 1.25	Hauswäsche Ein Paar Küchen-Handtücher, prima Gerstenkorn, 45 cm br., Meter 0.55 Ein Paar Küchen- und Stuben-Handtücher, 45 cm breit, 100 cm lang, gestickt und geblickt, Stück 0.95 Ein Paar reinlaine Stuben-Handtücher, besonders gute Qualität, Stück 1.35 Ein Paar Gerstenkorn-Handtücher mit Damast-Kante Stück 1.25 Ein Paar Wischtücher, gute Qualität, Stück 0.60 Ein Paar Poliertücher, besonders gute Qualität, Stück 0.25 Ein Paar Tischtücher in verschiedenen Größen, Stück 5.95 und 3.95 Ein Paar Servietten mit kl. Webefehl. Stück 0.50 Ein Paar Frottiert-Handtücher mit kleinen Webefehlern 0.95 Ein Paar Kinder-Frot-tier-Laken in verschied. Größen mit kleinen Webefehlern Stück 2.45 Ein Paar große Frot-tier-Badlaken mit kleinen Webefehlern . Stück 4.50	Kleider-Stoffe Ein Paar weiß Volle, 115 cm breit, Meter 1.45 Ein Paar gestickte Battiste, geeignet für Tans-kleider Meter 0.95 1 Paar gestickte Volle-Volants, 115 cm breit, in entzückenden Mustern, Meter 2.85 Ein Paar Baumwoll-Musselin . . . Meter 0.65 Gardinen Ein Paar Scheiben-Gardinen in verschiedenen Größen Stück 0.45 Ein Paar Tisch-Gardinen, geeignet für Künstler-Gardinen Meter 0.75 Ein Paar Tisch-Gardinen, extra breit Meter 1.25 Ein Paar Halbtoreas aus gutem Elamin-Gewebe mit entzückendem Einsatz Stück 3.95 Ein Paar Künstler-Gardinen, gute Qualität (dreifach) Stück 5.95 Ein Paar Elamin-Gatt-decken mit Einsatz und Volant 14.50	Weißenwaren Ein Paar Wäscheborten und Besätze Serie I Serie II Serie III Mir. 0.03 0.05 0.10 Ein Paar Zwirn-Spitzen in verschiedenen Breiten Serie I Serie II Serie III Mir. 0.05 0.10 0.15 Ein Paar Kispel-Spitzen und Einsätze Serie I Serie II Serie III Mir. 0.20 0.25 0.30 Ein Paar Nonden-Passen in reicher Ausführung Serie I Serie II Serie III Stück 0.30 0.95 1.25 Ein Paar Stickerei u. Ein-sätze in reicher Ausführung Serie I Serie II Serie III Mir. 0.15 0.25 0.45 Ein Paar Unterrock-Stickerei, extra breit Serie I Serie II Mir. 1.75 1.95 Herren-Artikel Ein Paar Pikee-Kragen, 1. all. Weit vorrät. St. 0.30 Ein Paar weiße Servietten u. Battist. St. 0.75
---	--	---	--	---

Die Weiße Woche beginnt am Sonnabend, dem 26. Januar, worauf ganz Tempelhof und Umgegend wartet, und werden Sie sich diesmal, was Preis und Leistungsfähigkeit betrifft, überzeugen können.

Strassenbahnlinie 99. Vom Bahnhof Mariendorf in 10 Minuten zu erreichen. Von Ringbahnstation Tempelhof 10 Minuten entfernt.

Kaufhaus Tempelhof Berliner Str. 126 Ecke Kaiserin - Augusta - Strasse 7

Deutscher Metallarbeiter-Verband
 Achtung! Zellenarbeiter Achtung!
 Gen. Sonntag, 28. Januar, nach-mittags 5 Uhr, im Lokal von Steffan, Starbader Straße 3.
Bräutigamsversammlung
 Tagesordnung: Der befristete Wohnzuzug der Untertanen.
 Das Erscheinen aller Kollegen ist unbedingt notwendig.
 16/19 Die Deffnerverwaltung.

Karneval-Artikel billig!
 Domino-Masken 5 Stk an Mützen 2 Stk an Papier-schlangen, Konfetti, Radan-artikel, Anstecknadeln, Knalltobacco, Feuerwerk u. Musikwerk. A. Hann & Co., Wagners-Str. 84, neben Jordan, geg. 1900, 10-6 Uhr.

Gandelsverbot
 Auf Grund der Befehlsanordnung zur Fernhaltung unzureichender Personen vom Saale vom 13. Juli 1925 (Bl. O. Bl. S. 706) habe ich dem Zimmermeister Karl Franke in Berlin-Bantow, Wertheimstraße 8 durch Verfügung vom 16. Oktober 1925 den Handel mit Gegenständen des täglichen Bedarfs wegen Unzureichlichkeit in Bezug auf diesen Handelsbetrieb untersagt.
 (Kgl. Nr. 7. 1110, S. 23).
 Berlin, den 22. Januar 1926.
 Der Polizeipräsident.
 S. K. Dr. Sindel.

Besonders wirksam sind alle „KLEINEN ANZEIGEN“ in der Gesamtauflage des Vorwärts, trotzdem

Karneval- u. Vereinsartikel, Tombola-Gewinne, Artikel für Bockbierfeste
 in größter Auswahl zu Friedenspreisen, Gewinnlose und Nieten.
Pohl & Weber Nachf.
 Spittelmarkt 4/5, 1.
 Fernruf Amt Merkur 6758

Mauxion
 Trumpl, Goldsiegel, Neger-küsse, Stangen, Kekse usw.
 nur bei
Kruse & Schubert
 Streititzer Straße 71
 Zweiggeschäft: Kalprodestr. 19

KLEINANZEIGEN
 Jeder Wort 8, 10 Goldmark. Zeitpreis: 100 Wörter 2 Goldmark (einschl. 2 fertige Wörter). Still-gewinne das 1. Wort (inkl. 10 Goldmark), das 2. Wort 0,25 Goldmark, das 3. Wort 0,10 Goldmark, das 4. Wort 0,05 Goldmark, das 5. Wort 0,02 Goldmark, das 6. Wort 0,01 Goldmark, das 7. Wort 0,005 Goldmark, das 8. Wort 0,002 Goldmark, das 9. Wort 0,001 Goldmark, das 10. Wort 0,0005 Goldmark.
 Anzeigen, welche für die nächste Nummer bestimmt sind, müssen bis spätestens 1/2 Uhr nachmittags in der Haupt-Expedition des Vorwärts, Lindenstraße 1, abgegeben werden. Dieselbe ist zu übernehmen. Die Anzeigensätze sind zu zahlen. Einmalige Anzeigensätze sind zu zahlen. Einmalige Anzeigensätze sind zu zahlen. Einmalige Anzeigensätze sind zu zahlen.

Verkäufe
 Räderwagen, Klappstuhlwagen, Kinderwagen, Kinderhochstühle, neue und gebrauchte, Schwämme, Kett-buchsen usw.
Bekleidungsstücke, Wäsche usw.
 Gebirgs-, Sportkleid, geblickte Aus-führung, sehr 15, 125, 175. Große Belgischen, Baumwoll-, Eiderwolle, Neu-wäsche 40 Prozent ermäßigt. Gebirgs-, Kettbuche, Lot. Eingang Dres-denerstraße 156.
 Maj Robit, enorm billige Herren-anzüge, Tailormäntel, Fertig und nach Maß, Reiser-Gürtel, Herren-Hemden, Hochbahn-Hemden, etc.

Höbel
 Valentinstag, Aufbaumöbel, Metallbetten, Schlafzimmers, Bad-zimmer, etc.
Möbel
 Große Kamin-Ofen, etc.
Wohnmöbel
 etc.

Reichhaus
 etc.

Musikinstrumente
 etc.

Kaufgesuche
 etc.

Unterricht
 etc.

Arbeitsmarkt
 etc.

Stellenangebote
 etc.

Gewandten Stoßwerk-Arbeiter
 etc.

Elektromonteur
 etc.

Heimarbeiterin
 etc.